

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
01/2016*



Liebe FreundInnen!

am Mittwoch sind wir im Nationalrat zu unserer 111. Sitzung zusammengekommen. Neben der Regierungsbildung und dem ersten Auftritt unseres neuen Verteidigungsministers Peter Doskozil standen u.a. folgende Themen im Fokus: das neue staatliche Polizeischutzgesetz, das Volksbegehren für einen EU-Austritt und das Verbot von Gen-Lachs in Österreich

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

Top Themen

Regierungsumbildung – Doskozil, Klug und Stöger im Parlament

Nach ihrer Angelobung durch den Bundespräsidenten am Vortag präsentierten sich die neuen Minister dem Nationalrat: **Alois Stöger ist neuer Sozialminister** und folgt damit **Rudolf Hundstorfer**, der für das **Amt des Bundespräsidenten** kandidiert, nach. **An der Spitze des Verkehrs- und Infrastrukturministeriums** steht ab jetzt **Gerald Klug**, dem wiederum **Hans Peter Doskozil als neuer Verteidigungsminister** folgt. Bundeskanzler Werner Faymann sprach Gerald Klug und Alois Stöger sein absolutes Vertrauen aus. Dem neuen Verteidigungsminister attestierte der Kanzler "Hausverstand, Herz und Menschlichkeit". Auch für **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** ist Hans Peter Doskozil jemand, der bereits in der Vergangenheit bewiesen habe, dass er auch in schwierigen Situationen pragmatische Lösungen findet. **"Gerade in der Flüchtlingsfrage benötigt man lösungsorientiertes Arbeiten abseits von Zwistigkeiten."**

Dem aus dem Amt geschiedenen Sozialminister und nunmehrigen **Bundespräsidentenskandidaten Rudolf Hundstorfer** dankte der Klubobmann für die **wertvolle Arbeit** in den vergangenen Jahren. "Ich wünsche Rudolf Hundstorfer alles Gute für die Zukunft und bin sicher, dass wir ihn am 8. Juli bei der Angelobung als Bundespräsident wieder im Hohen Haus begrüßen dürfen", so Schieder.

Staatsschutz – Rechtsschutz und Kontrolle gesichert

Mit dem neuen Polizeilichen Staatsschutzgesetz (PStSG) werden **sensible Kompetenzen auf einen wesentlich kleineren Kreis der Exekutive**, nämlich das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) **beschränkt** und den übrigen Sicherheitsbehörden entzogen. Das Gesetz schafft **klare Verhältnisse für den Verfassungsschutz** und die **Terrorismus-Bekämpfung**. Die wesentlichsten Inhalte:

- Die Staatsschützer dürfen ausschließlich Personen oder Gruppierungen beobachten, "von denen schwere Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgehen".
- Sensible Ermittlungsmethoden dürfen nur in Fällen von Gewaltbedrohung durch Extremismus, Terrorismus, Spionage oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen angewandt werden – aber nicht mehr für schwer greifbare Aufgaben wie die "Wahrung des öffentlichen Ansehens". Auch bei Delikten wie "Hetze" darf der Staatsschutz nur tätig werden, wenn davon Gewalt ausgehen kann. Das Berufsgeheimnis von RechtsanwältInnen, ÄrztInnen oder JournalistInnen ist besonders geschützt.
- Die SPÖ hat durchgesetzt, dass der Rechtsschutz und die parlamentarische Kontrolle gestärkt werden: Im zukünftigen Rechtsschutzsenat muss eines der drei Mitglieder ein/e Richter/in sein. Dieser Senat muss den Einsatz von Vertrauenspersonen und die Einholung von Auskünften über Verbindungsdaten im Vorfeld mit Mehrheit genehmigen. Zusätzlich wird auch die parlamentarische Kontrolle aufgewertet: Der/die Rechtsschutzbeauftragte muss dem Kontrollausschuss im Nationalrat laufend berichten und kann sich auch von sich aus ans Parlament wenden
- Außerdem gibt es Änderungen im Sicherheitspolizeigesetz: So wird den Sicherheitsbehörden künftig die Anwerbung externer Vertrauensleuten im Zuge verdeckter Ermittlungen gestattet.
- Ausgeweitet wird daneben auch die Möglichkeit, Handy-Standortdaten zu ermitteln – etwa von Personen, von denen eine konkrete Gefahr für das Leben, die Gesundheit oder die Freiheit eines Menschen ausgeht. Eine anlasslose Verwendung von personenbezogenen Daten ist unzulässig
- Mit so genannten "body worn cams" sollen versuchsweise Polizeieinsätze künftig besser dokumentiert werden. Das soll nicht nur die Verfolgung von StraftäterInnen erleichtern, sondern auch strafbaren Handlungen vorbeugen und die Rechtmäßigkeit von Amtshandlungen kontrollieren.

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl: "Wir sind der österreichischen Bevölkerung verpflichtet, sie **vor Terror und Extremismus zu schützen**. Wir sind aber auch dem Rechtsstaat verpflichtet, dies **mit Augenmaß** und entsprechendem **Rechtsschutz** zu tun."

Alle Beschlüsse und Berichte

"EU-Austrittsvolksbegehren" – Fraktionen einhellig gegen EU-Austritt ([781 d.B.](#))

Ende Juni 2015 fand das EU-Austrittsvolksbegehren statt. Mit 261.159 Unterschriften und damit einer Beteiligung von 4,12 Prozent befindet es sich auf Rang 23 von 38 der bisherigen Volksbegehren. Nach zwei ausführlichen ExpertInnen-Hearings im Verfassungsausschuss wurde es abschließend im Plenum des Nationalrats diskutiert. Bei aller Kritik an der EU gab es Einigkeit zwischen den Fraktionen, dass ein EU-Austritt nicht zur Debatte steht.

Polizeiliches Staatsschutzgesetz ([988 d.B.](#)) +

Änderungen beim Telekommunikationsgesetz ([989 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Energie-Infrastrukturgesetz ([626/651 d.B.](#))

Inhalt dieses Gesetzespakets, das auch Änderungen beim UVP-Gesetz enthält, ist die Umsetzung einer EU-Verordnung zu den Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur. Ziel des Paketes ist Infrastruktur im gemeinsamen europäischen Interesse - u.a. durch schnellere Genehmigungsverfahren - rasch auszubauen sowie gesteigerte Rechtssicherheit durch die Umsetzung höchstgerichtlicher Urteile.

Erstes EU-Berufsanerkennungsgesetz Gesundheitsberufe 2016 ([972 d.B.](#)) +

Zweites EU-Berufsanerkennungsgesetz Gesundheitsberufe 2016 ([973 d.B.](#))

Mit diesen zwei Gesetzen wird eine EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Gesundheitsbereich umgesetzt. Es geht darum, Anerkennungsverfahren zu beschleunigen und die Mobilität der Berufsgruppe innerhalb der EU zu er-

höhen. Erreicht werden soll das durch Instrumente wie den Europäischen Berufsausweis, einen partiellen Berufszugang, aber auch einen Vorwarnmechanismus für Fälle von gefälschten Qualifikationen bzw. bei Entziehung der Berufsberechtigung.

Krankenanstaltengesetz – Rufbereitschaft ([974 d.B.](#))

Mit dieser Novelle des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes wird u.a. eine fachärztliche Rufbereitschaft in Zentralkrankenanstalten eingeführt. Kleinere Änderungen betreffen die Sammelstellen für Muttermilch und Regelungen zur Mitnahme von Assistenzhunden.

Verbot von Gen-Lachs in Österreich ([982 d.B.](#))

Ein Entschließungsantrag, den alle Parlamentsparteien unterstützt haben, zielt auf ein Verbot des in den USA erlaubten Gen-Lachs in Österreich ab : "Die österreichische Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Gesundheit, wird ersucht, sich im Falle eines Antrages auf Marktzulassung – des bereits in den USA zugelassenen – genmanipulierten Lachses auf EU-Ebene (...) für dessen Nichtzulassung einzusetzen." Bis dato wurde kein derartiger Antrag in der EU eingereicht. Er ist daher in Europa verboten und es ist auch kein Import möglich.

AMA-Marketing-Bericht ([986 d.B.](#))

Die AMA-Marketing ist eine 100-prozentige Tochter der AMA. Ziele der AMA-Marketing sind u.a. die Förderung des Absatzes von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Erschließung von Märkten, die Verbesserung des Vertriebes und der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Informationen für die Verbraucher.

Der Bericht, der auf eine Initiative der SPÖ zurückgeht und zum zweiten Mal vom Landwirtschaftsminister vorgelegt wird, ist ein wesentlicher Schritt zu mehr Transparenz bezüglich der Geldflüsse im Agrarbereich. Grundsätzlich kritisch ist die SPÖ, weil GetreideproduzentInnen vom AMA-Marketing-Beitrag ausgenommen sind. Der Bericht verstärkt außerdem die Kritik daran, dass das AMA-Gütezeichen eine für die KonsumentInnen nicht einsehbare Produktqualität kennzeichnet. Auch die Erstellung der Kriterien, welches Produkt für ein AMA-Gütezeichen in Frage kommt, erfolgt

nicht in ausreichend transparenter Weise. Die SPÖ fordert daher eine Evaluierung dieses Gütezeichens.

Novelle des Pflanzenschutzgesetzes – Gegen die Ausbreitung gebietsfremder Pflanzenarten ([987 d.B.](#))

Die Novelle hat zum Ziel, die Ausbreitung gebietsfremder Pflanzenarten zu verhindern, weil diese im Falle nicht ausreichender Kontrollen die heimischen Ökosysteme, Lebensräume oder endemische Arten gefährden können. Es ist daher künftig verboten, invasive gebietsfremde Arten, die von EU-weiter Bedeutung sind, absichtlich in die EU zu verbringen. Um die Einhaltung dieses Verbotes sicherzustellen, sind amtliche Kontrollen notwendig und nichtkonforme Sendungen müssen beschlagnahmt werden. Lebende Tiere und Pflanzen und bestimmte Warenkategorien aus diesem Bereich sollen nur über Grenzkontrolleinrichtungen, die bereits aufgrund bestehender veterinärrechtlicher und pflanzenschutzrechtlicher EU-Richtlinien eingerichtet worden sind, in die EU eingeführt werden dürfen.

Weitere Themen

Aktuelle Stunde zum Klimaschutz und zur OMV

In einer aktuellen Stunde der Grünen wurden der **Klimaschutz** und die aktuellen Medienbericht rund um die **OMV** thematisiert. Für **SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian** ist die gesicherte Energieversorgung "ein unabdingbarer Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung – wir müssen **stärker in erneuerbare Energien investieren**, dürfen dabei aber nicht bestehende Strukturen über Bord werfen." **SPÖ-Industriesprecher Rainer Wimmer** wies auf die Bedeutung der **OMV** hin und mahnte **Klarheit über die weitere Strategie** von Österreichs größtem börsennotierten Unternehmen ein.

Flüchtlingskrise braucht europäische Lösungen

In einer **Europastunde zum Thema Asypolitik** betonte **Bundeskanzler Werner Faymann** einmal mehr die **Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Asylopolitik**. Um die Dublin-Regelungen umzusetzen, müssen etwa in Griechenland

ausreichend Quartiere mit europäischen Standards geschaffen werden; nur so kann die Rückführung von Menschen, die kein Asylrecht bekommen, funktionieren. "Eine gemeinsame europäische Politik ist der bessere und richtige Weg. **Genauso richtig ist es aber auch, Maßnahmen parallel im eigenen Land** vorzubereiten, wie

Grenzkontrollen", betonte der Kanzler. **SPÖ-Europaparlamentarierin Evelyn Regner** kritisierte die langsame Umsetzung von EU-Beschlüssen in der aktuellen Flüchtlingskrise und die mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten: "Aber wo wären wir heute, wenn es die Europäische Union nicht gäbe, mit einem fürchterlichen Krieg im Nahen Osten und rein nationalstaatlichen Reaktionen? Das Chaos wäre noch viel größer. **Die Flüchtlingskrise ist eine europäische** und auch eine geopolitische Herausforderung, **die nur gemeinsam gelöst werden kann"**, mahnt die SPÖ-EU-Delegationsleiterin.

Marianne Gusenbauer-Jäger neue kommunalpolitische Sprecherin der SPÖ
Die oberösterreichische [SPÖ-Abgeordnete Marianne Gusenbauer-Jäger](#) ist vom SPÖ-Parlamentsklub zur neuen Sprecherin für kommunale Angelegenheiten bestellt worden. Gusenbauer-Jäger ist seit Juli 2013 im Nationalrat. In ihrer Arbeit als Sprecherin für kommunale Angelegenheiten sind ihr besonders die Sicherung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Stärkung der Kommunen zentrale Anliegen.

Reden

Rede zum EU-Austrittsvolksbegehren

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Sie haben es schon gesagt: Über 261 000 Österreicherinnen und Österreicher haben für eine Volksabstimmung über einen Austritt aus der EU gestimmt. Das ist keine geringe Zahl. Deswegen behandeln wir es auch hier im Plenum und davor in zwei Ausschüssen.

Aber was sagt uns diese Zahl in erster Linie? – Sie sagt uns, dass etliche Menschen damit unzufrieden sind, wie in der EU gearbeitet wird und wie die Probleme ange-

gangen werden. Die Vorwürfe, die gemacht werden, sind sehr unterschiedlich. Einige beruhen auf Missverständnissen. Da, glaube ich, müssen wir besser aufklären und besser informieren.

Aber es sind auch viele Beschwerden dabei, bei denen europäische Politik zu Recht kritisiert wird. Auch wir behaupten nicht, dass alles in der EU gut ist und dass alles rundläuft. Es könnte vieles besser laufen. Denken Sie an die bereits angesprochene Flüchtlingspolitik, denken Sie an die gemeinsame Sozial- und Wirtschaftspolitik, an die Frage des Schengen-Raumes oder auch an die Steueroasen!

Aber all diese Probleme können und müssen wir mit unseren europäischen Partnern in der EU lösen und nicht, indem wir versuchen, uns zu isolieren. Keine Stadt, kein Bundesland käme auf die Idee, aus Österreich austreten zu wollen, nur weil die Bundespolitik nicht passt, sondern da will mitgearbeitet werden.

Die Europäische Union ist wahrlich nicht perfekt und fehlerfrei, aber wenn wir unsere Geschichte anschauen – und das habe ich gestern auch im Ausschuss gesagt –, dann ist sie bei Weitem das Beste, was wir in Europa für den Frieden und für die Zusammenarbeit je geschaffen haben. Wenn dieses Friedensargument heute häufig leichtfertig abgetan wird, dann liegt das sicherlich auch daran, dass glücklicherweise sehr viele Menschen in Österreich und in Europa auch dank der EU einen Krieg *nie* direkt miterleben mussten.

Um zu sehen, dass Frieden aber nicht selbstverständlich ist, brauchen wir nur in die Geschichte zu schauen: Wir haben die Weltkriege gehabt, den Jugoslawien-Krieg, oder schauen Sie in die Ukraine – der Krieg der Ukraine, wo sich Russen und Ukrainer, die sich über Jahrhunderte als Brudervölker bezeichnet und verstanden haben, heute feindlich gegenüberstehen. Vor fast genau 100 Jahren, am 21. Februar 1916, hat die Schlacht von Verdun stattgefunden. Eine halbe Million Menschen sind in dieser Kriegshölle getötet und verwundet worden, darunter auch zahlreiche Österreicher.

Meine Damen und Herren, wenn diese Menschen uns heute sehen könnten, wenn sie sehen könnten, dass wir heute Räte und Parlamente haben, in denen die europäischen Staaten ihre Konflikte austragen und zu lösen versuchen, dass wir eine

Union geschaffen haben, in der wir zusammenarbeiten anstatt gegeneinander zu arbeiten (*Abg. Kogler: Na ja, das stimmt leider nicht!*), in der wir Kompromisse suchen anstatt Konflikte eskalieren zu lassen und Kriege zu führen, dann würden uns diese Menschen wohl kaum raten, aus so einer Union auszutreten, sondern sie würden sagen: Bleibt drinnen und kämpft innerhalb dieser EU für die Kompromisse!

Wir leben mit über 500 Millionen Menschen auf einem kleinen Kontinent mit letztendlich sehr begrenzten Ressourcen. Es gibt doch fast keinen Bereich, in dem wir oder andere Länder Entscheidungen treffen, die *nicht* auch Auswirkungen auf Nachbarländer haben. Ein gutes Beispiel dafür – es ist schon angesprochen worden – ist die Umweltpolitik, in der Österreich noch so hohe Standards haben könnte, aber das nichts nützen würde, wenn wir uns nicht EU-weit auf gemeinsame Mindeststandards geeinigt hätten, weil, wie gesagt, Klima, Luft und Flüsse eben nicht vor der Landesgrenze haltmachen. Das gilt auch für die Sozialpolitik oder für andere Politiken.

Nein – der Weg, den wir in Europa eingeschlagen haben, ist richtig. Wir können in diesem Europa noch viel verbessern. Die EU ist ein Prozess, der sich letztendlich mit unserem Tun, mit unserem Einbringen und mit unserem Engagement weiterentwickelt, aber der fundamentale Sinn und der Nutzen der EU als Ort, wo die Mitgliedstaaten zusammenkommen, um Interessenkonflikte politisch und friedlich beizulegen, wo wir zusammenkommen, um gemeinsame Lösungen zu finden, kann ebenso wenig infrage gestellt werden wie auch unser Platz, Österreichs Platz, innerhalb der EU. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen zu Volksbegehren: EU ist bestes Projekt, um Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu erhalten \(27.01.2016\)](#)

[Muttonen zu OSZE-Sonderbeauftragten für Zentral- und Ostasien ernannt \(18.01.2016\)](#)

VP Muttonen appointed Special Representative for Central and Eastern Asia



OSCE PA Vice-President and Acting Head of the Austrian Delegation Christine Muttonen has been appointed the OSCE

PA's Special Representative for Central and Eastern Asia. In a letter sent to Muttonen Tuesday, President Ilkka Kanerva (MP, Finland) noted that Central and Eastern Asia has always been one of the PA's priority regions and stressed that "furthering co-operation with the OSCE Asian Partners for Co-operation is an equally important vector to be developed in the activities of the Assembly."

The mandate for the position includes encouraging active participation by parliamentarians from Central Asia and Mongolia in the work of the PA, as well as liaising and supporting the work of the OSCE field presences in the region.

In addition to her new post as Special Representative for Central and Eastern Asia, Muttonen chairs the Austria-Central Asia and Mongolia Parliamentary Friendship Group in the Austrian Parliament. She also chaired the special Central Asia roundtable at the OSCE PA's Autumn Meeting in Ulaanbaatar.

Antrittsbesuch der schwedische Botschafterin in Kärnten



Sehr gefreut habe ich mich über den Besuch der neuen schwedischen Botschafterin Helen Eduards bei unserem Landeshauptmann Peter Kaiser am 18. Januar. Das große Thema war natürlich die Flüchtlingssituation, von der Schweden ja ebenso wie Österreich stark betroffen ist. Hier war Botschafterin Eduards so

wie wir der Meinung, dass es schnell zu einer europäischen Lösung kommen

Muss. Die Verantwortung dürfe nicht auf einige wenige Länder abgewälzt werden. Außerdem haben der Landeshauptmann und ich die Gelegenheit genutzt, für eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schweden und Kärnten zu werben und ich habe die Botschafterin zu einem weiteren Gespräch in den Nationalrat eingeladen.

Parlamentarische Freundschaftsgruppe Zentralasien trifft Botschafter der Region

Am vergangenen Dienstag hat sich die von mir geleitete parlamentarische Freundschaftsgruppe Zentralasien erstmals mit den Botschaftern der Region getroffen.



eingeladen hatte der kasachische Botschafter. Auch der mongolische Botschafter war bei dem Treffen dabei, da unsere Freundschaftsgruppe seit kurzem auch für die parlamentarischen Beziehungen zur Mongolei zuständig ist.

Es gab kurze Präsentationen zu jedem der Staaten und danach ausreichend Zeit um miteinander ins Gespräch zu kommen. Dabei äußerten alle Botschafter den Wunsch nach einem engeren Austausch und einer intensiveren Kooperation zwischen dem österreichischen Parlament und den Parlamenten ihrer Staaten.

Niederländischer Botschafter zur Aussprache im Parlament



Mit dem 01. Januar haben die Niederlande für 6 Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Bei uns ist es mittlerweile Tradition, dass der oder die jeweilige BotschafterIn zu einer Aussprache ins Parlament kommt und vorstellt, auf welche Themen sich sein Land während der Präsidentschaft konzentrieren will.

Botschafter Marco Hennis erklärte uns, dass sich die Niederlande vor allem um das Thema Flüchtlinge kümmern wollen. Man wolle versuchen, als ehrlicher Makler zwischen den vielen Positionen innerhalb der EU zu vermitteln, damit doch noch eine Lösung für eine gemeinsame Grenz-, Asyl- und Migrationspolitik gefunden werden kann. Dafür sei die Verantwortung und Solidarität aller Mitgliedstaaten einzufordern.

Chinesischer Neujahrsempfang im Palais Epstein



2016 löst der Affe das Schaf ab – zumindest im chinesischen Tierkreiskalender. Der Affe steht in der chinesischen Tradition für Energie und Erfolg – beides Eigenschaften, die wir in diesem Jahr sicher gut gebrauchen können. Offiziell findet der chinesische Jahreswechsel

zwar erst am 8. Februar statt, der Bundesrat hatte aber gemeinsam mit der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China bereits am vergangenen Dienstag zu einem chinesischen Neujahrsempfang ins Palais Epstein geladen. Auf dem Foto oben bin ich gemeinsam mit Bundesratspräsident Josef Saller, Bundesratsvizepräsidentin Ingrid Winkler und dem Botschafter der Volksrepublik China S.E.Zhao Bin zu sehen.



Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at